

Factsheet – Die wichtigsten Erkenntnisse der CEPS-Studie zu den kumulativen Kosten von EU-Richtlinien

In diesem Dokument sind die wichtigsten Erkenntnisse aus der Studie zu den kumulativen Kosten (Direkt-, Verwaltungs- und Compliance-Kosten) zusammengestellt, die mit der Implementierung von EU-Richtlinien zu Energie, Klimawandel, Umwelt, Wettbewerb, Handel und Produkten in den letzten zehn Jahren (2002-2012) verbunden gewesen und von der Aluminiumindustrie aufzubringen sind. Die Studie wurde vom Centre for European Policy Studies (CEPS) für die Europäische Kommission durchgeführt.

Bei voller Belastung durch die EU-Richtlinien entstehen der europäischen Aluminiumindustrie Kosten in Höhe von 11 % der Gesamtproduktionskosten (einschließlich Rohstoffe), die die Gewinnspannen schmälern.

- Betriebe, die der vollen Wirkung der EU-Klima- und -Energierichtlinien ausgesetzt sind, mussten eine Erhöhung ihrer Produktionskosten auf € **228** pro Tonne Fertigprodukt hinnehmen – das sind 11 % der Gesamtproduktionskosten, wenn man die Rohstoffkosten hinzurechnet (fast 20 %, wenn man die Rohstoffkosten weglässt) – und sind damit weltweit am wenigsten konkurrenzfähig.
- Betriebe, die den EU-Energie- und -Klimarichtlinien weniger stark ausgesetzt sind – d. h. die zurzeit noch durch bestehende, aber in Kürze auslaufende langfristige Energieverträge geschützt sind – sehen sich mit EU-Regulierungskosten von €27 pro Tonne konfrontiert.
- Bei den am stärksten von den Belastungen betroffenen Hütten, und das ist die Mehrzahl in der EU, gehen die den EU-Produzenten entstehenden Regulierungskosten auf die Weitergabe der Energiekosten und die Sonderabgaben zur Förderung erneuerbarer Energiequellen und der damit verbundenen Netzkosten (49 %), auf die in den Stromrechnungen enthaltenen indirekten Kosten des Emissions Trading Scheme ETS (42 %) und umweltbezogene Kosten (9 %) zurück.
- Die kumulativen Kosten der EU-Verordnungen und -Richtlinien reichten von 23 % des Gewinns im Jahr 2006 (dem gewinnstärksten Jahr) bis zu 242 % im Jahr 2011, als die Margen aufgrund der Krise geringer waren.

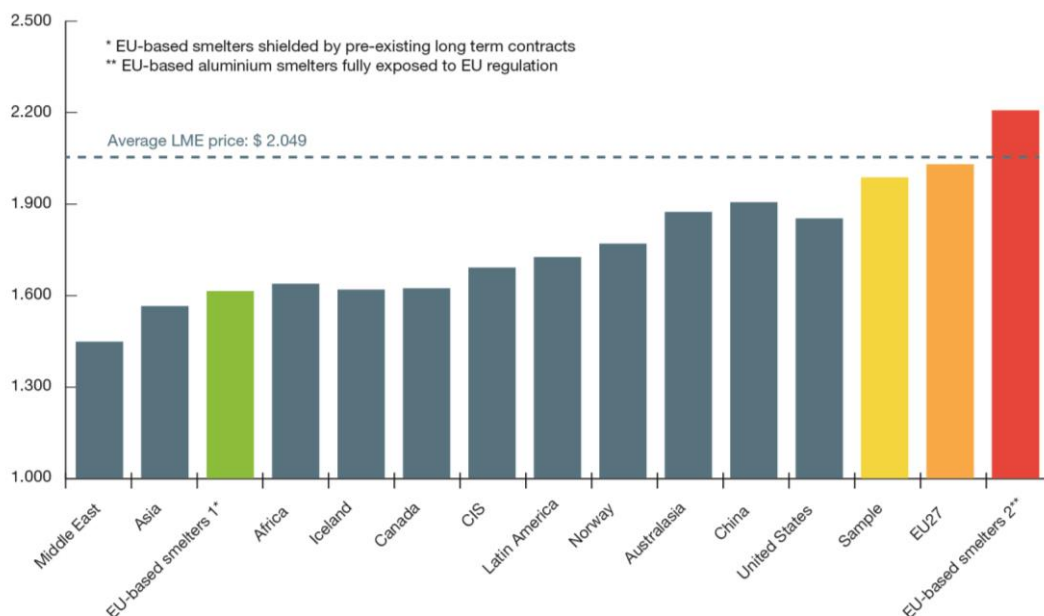
Aluminium: eine Industrie, die die Kosten nicht an die Verbraucher weitergeben kann

Die weltweiten Preise für Aluminium werden an der London Metals Exchange (LME) gehandelt. Es kommt somit darauf an, die Produktionskosten unter dem durchschnittlichen LME-Kurs zu halten,

wenn man seine Margen wahren, Investitionen finanzieren und die Wettbewerbsposition der Industrie in Europa sichern will, da Zusatzkosten nicht an Kunden weitergegeben werden können. Neben den Rohstoffkosten (Aluminiumoxid) ist Strom der Hauptkostenfaktor bei der Herstellung von Aluminium (zwischen 30 % und 40 % der Betriebskosten einer Hütte). Daher sind Aluminiumhütten äußerst anfällig gegenüber erhöhten Energiekosten.

Die CEPS-Studie belegt eindeutig, dass EU-Richtlinien und -Gesetze sich kontraproduktiv auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie auswirken und die Nachhaltigkeit der Anlagen, die den EU-Regelungen unterliegen, beeinträchtigen.

Durchschnittliche Geschäftskosten pro Tonne Aluminium 2012 (\$ 2012)



Durch die Kosten der EU-Richtlinien ist die Industrie im Wettbewerb benachteiligt

- EU-Hütten, die im Rahmen der EU-Marktregeln Strom beziehen, sind den indirekten EU-ETS-Kosten und den Netzkosten am stärksten ausgesetzt. Die Regulierungskosten machen mehr als ein Drittel des Abstands zu den Preisen der billigsten Anbieter aus dem Nahen Osten aus, von wo aus die größten Mengen in die EU exportiert werden.
- Für Betriebe, die ihre Energieversorgung durch langfristige, vor der Einführung des ETS unterzeichnete Verträge gesichert haben, sind die kumulativen Kosten der EU-Regelungen zurzeit noch begrenzt. Sobald die Verträge auslaufen, werden allerdings erhebliche Kostenauswirkungen für diese Aluminiumhütten erwartet.
- Die Auswirkung auf den nachgelagerten Sektor ist in absoluten Zahlen zwar nicht ganz so drastisch, im Vergleich mit den Gewinnspannen jedoch immer noch erheblich. Dies hat sich besonders in der Wirtschaftskrise gezeigt, als die Gewinnspannen noch weiter nachließen. Sekundäre Produzenten (Schmelzwerke und Raffinerien), bei denen es sich in den meisten Fällen um kleine und mittlere Unternehmen handelt, sind durch indirekte ETS-Kosten in Höhe von €2,44 pro Tonne und Umweltgesetzkosten in Höhe von bis zu €6,06 pro Tonne belastet. Bei Halbzeugherstellern (Walzwerke und Strangpressen) liegen diese Werte bei €7,09 bzw. €3,06 pro Tonne.

EU-Regulierungskosten für die Primäraluminiumproduktion in Euro pro Tonne

| Bereich | Richtlinien | Nicht belastete EU-Hütten (langfristige Verträge) | Durch EU-Regulierungskosten voll belastete Hütten |
|-------------------|---|---|---|
| Klimawandel | Indirekte ETS-Kosten | €0 | €110,92 |
| Energie | Übertragung | €0 | €48,67 |
| | Erneuerbare Energiequellen (RES) | €5,3 | €46,09 |
| Umweltrichtlinien | Emissionen, Vermeidung von Umweltverschmutzung, Abfall... | €20,68 | €20,68 |
| Produkte | EU-Chemikalienverordnung (REACH) | €1,34 | €1,34 |
| GESAMT | | €27,32 | €227,7 |

Klimawandelrichtlinien

Die Aluminiumindustrie war bis 2013 nicht direkt vom EU ETS betroffen. Direkte ETS-Kosten fielen erst ab 2013 an und sind daher in der CEPS-Studie nicht enthalten.

Seit 2005 entstehen den Betrieben, die im Rahmen der EU-Verordnungen Strom aus dem Markt beziehen, ETS-Kosten, die von den Stromerzeugern an die Abnehmer weitergegeben werden, die so genannten indirekten ETS-Kosten. Allein die indirekten ETS-Kosten gefährden bereits die Wettbewerbsfähigkeit der Primärindustrie. Ausgleichsprogramme schaffen keinen vollständigen Ausgleich und gelten ohnehin nur in einigen EU-Mitgliedstaaten.

Energierichtlinien

Darüber hinaus hat die CEPS-Studie andere Auswirkungen von EU-Richtlinien auf die Energiekosten beziffert, überwiegend durch Übertragungskosten und die Kosten der Programme zur Förderung erneuerbarer Energiequellen.

Hütten ohne langfristige Verträge sind hohen Energiekosten ausgesetzt, die zeigen, dass die Liberalisierung auf dem Binnenmarkt bisher nicht zu einer Senkung der Preise geführt hat. Zugunsten der Liberalisierung und des Wettbewerbs versucht die EU, langfristige Energieversorgungsverträge zu begrenzen, die allerdings im Rest der Welt gängige Praxis sind, um Investitionen, Stabilität und Vorhersehbarkeit für Großabnehmer sicherzustellen.

Erneuerbare Energiequellen belasten die EU-Industrie zusätzlich, da entsprechende Förderprogramme den Strom verteuern. Doch nur in wenigen Mitgliedstaaten gibt es Programme zum Schutz ihrer industriellen Tätigkeiten, zum Beispiel durch die Befreiung des Sektors von den mit der Förderung erneuerbarer Energien verbundenen Kosten. Diese Programme werden zurzeit von der Europäischen Kommission geprüft.

Umweltrichtlinien

Aluminiumproduzenten in Europa sehen sich außerdem einer Vielzahl von Direktkosten im Zusammenhang mit der Einhaltung der Gesetze zur Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung konfrontiert. Zusammen mit den Verwaltungskosten erhöhen diese den Preis jeder produzierten Tonne Aluminium um schätzungsweise weitere €21.

Es ist zu beachten, dass diese Kosten in naher Zukunft weiter steigen werden, da einige Anforderungen der neuen Merkblätter zur besten verfügbaren Technik (BREF) in der neuen Industrieemissionen-Richtlinie noch strenger werden.

Produktrichtlinien – REACH

CEPS hat auch die spezifischen Kosten untersucht, die dem Sektor im Zusammenhang mit der Implementierung der Chemikalienverordnung der EU (REACH) entstehen. Bisher belastet die Implementierung von REACH die Aluminiumindustrie mit Verwaltungskosten in Höhe von €45,1 Millionen. In diesem Betrag ist das Management des REACH-Autorisierungsprozesses noch nicht enthalten.